

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4728

"Damit Demokratie leben kann - Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms "Demokratie leben!""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4728 vom 29.01.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 30.01.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5816 des BU vom 18.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5999 vom 27.03.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 27.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller** und **Fraktion (AfD)**

Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen die Fortsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ einzusetzen.

Begründung:

Das umstrittene und vielfach kritisierte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde im Jahr 2015 initiiert und hat seitdem über eine halbe Milliarde Euro an Kosten verursacht. Zu Beginn des Jahres 2025 wurde das Programm in seine dritte Förderphase überführt, samt neuer Förderrichtlinie. Für die dritte Förderphase sollen jährlich mindestens 182 Mio. Euro pro Jahr über die Dauer von acht Jahren in das Programm fließen. Das Gesamtbudget beläuft sich somit auf fast 1,5 Mrd. Euro über die gesamte Förderperiode.

Damit zementiert die auseinandergebrochene Ampel-Koalition über zwei komplette Legislaturen hinweg ein einseitiges, intransparentes, bürokratisch expansives und diffuses Ausgabenprogramm, welches hauptsächlich politisch linksstehende Organisationen fördert.

„Demokratie leben!“ wird seinem Ziel der Radikalisierung entgegenzutreten zudem nicht gerecht. Der Fokus des Programms ist dafür zu einseitig, wie Enthüllungen im Magazin Focus im Jahr 2024 gezeigt haben. Die Ausgaben für den Kampf gegen Rechtsextremismus waren dabei bis zu 17-mal höher als die für den Kampf gegen Linksextremismus. Und das, obwohl der Linksextremismus ein ebenso drängendes Problem ist. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass das Auswahlverfahren zur Förderung der Stiftungen, Vereine und Projekte vollkommen intransparent ist und auf willkürlichen Entscheidungen des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMSFSJ) beruht.

Die Enthüllungen zeigten ebenso, dass es faktisch keine Kontrolle und Evaluation der geförderten Stiftungen und Vereine gibt. Das BMSFSJ hat keinen Überblick darüber, was mit den Fördermitteln zum Schluss geschieht. So können Antragsteller in ihren Anträgen zwar Projekte vorschlagen, müssen diese aber nicht realisieren, um an Fördermittel zu gelangen.

Das Programm ist aufgrund seiner zahlreichen Defizite und Verfehlungen nicht länger haltbar. Hinzu kommt, dass in der momentanen wirtschaftlichen Lage Milliardenausgaben nicht länger leistungsfertig getätigten werden können. Der Freistaat ist dabei besonders betroffen, denn die bayerischen Steuerzahler tragen erheblich zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und somit auch des Programms „Demokratie leben!“ bei – und bekommen dafür im Gegenzug nichts von Wert zurück.

(Namentliche Abstimmung von 16:23 bis 16:25 Uhr)

Hat die Abstimmung bei allen Abgeordneten technisch funktioniert? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4728 mit 19/4729 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

(Unruhe)

Sie können Ihre Plätze wieder einnehmen und ein bisschen zur Ruhe kommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Gewalt an Schulen entschieden entgegentreten! (Drs. 19/3327)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Während wir gerade in Bayern noch alle im Bann der schrecklichen Bluttat von Aschaffenburg stehen, schlägt in Niedersachsen bereits die nächste Gewalttat an einem Kind hohe Wellen, diesmal an einer Oberschule. Dort wurde laut Medienberichten ein 14-jähriges Mädchen von einer Gruppe Mitschülerinnen mit Migrationshintergrund krankenhausreif geschlagen. Es ist von Hirnblutungen und Lungenschäden die Rede. Das ist ein besonders krasser Fall, aber leider kein Einzelfall. Solche Fälle werden immer häufiger, auch bei uns. Allein im Jahr 2023 ereigneten sich in Bayern über 2.600 Gewaltdelikte an Schulen.

Das ist eine zunehmende Eskalation, die wir seit Beginn der Massenmigration beobachten. Im Vergleich zu 2014 sprechen wir über eine Verdoppelung der Fallzahlen. Der Konnex zur Massenmigration ist derart offenkundig, dass selbst der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbands, Herr Wolfram Janke, ihn nicht verleugnet. Selbst er gibt die soziologische und kulturelle Herkunft der Schüler als relevanten Faktor für die steigende Gewalt an unseren Schulen an. Das liegt aber nicht nur an der illegalen Zuwanderung. Insbesondere seit Ihren unseligen Corona-Maßnahmen hat sich diese Entwicklung nämlich noch einmal intensiviert. Im Vergleich zum Jahr 2019 gab es 60 % mehr Fälle. Hier bekommen Sie mit nackten Zahlen die psychischen Schäden präsentiert, die Ihre Politik der staatlich gelenkten Hysterie und der Lockdowns bei unseren Kindern hinterlassen hat.

(Beifall bei der AfD)

Die Zunahme von Gewalttaten richtet sich im Übrigen keineswegs nur gegen Schüler; mehr als jede dritte Schule in Bayern weiß mittlerweile von gewalttamen Übergriffen gegen das Lehrpersonal zu berichten, zwei Drittel von Drohungen, wüsten Beleidigungen und Belästigungen. Da wundern sich manche, warum immer weniger junge Menschen in der Schule einen attraktiven Arbeitsplatz sehen. – So viel zur Problembeschreibung.

Dieser fatalen Entwicklung wollen wir mit dem vorliegenden Antrag ein wenig entgegensteuern. Wir fordern erstens einen jährlich vorzulegenden landesweiten Si-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/4728

Damit Demokratie leben kann - Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4728, 19/5816

Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der einzelnen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 3 kommen, bitte ich darum, an die Stimmkarten-taschen zu denken, weil bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder Wahlen durchgeführt werden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Europaangelegenheit,
Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliches Gesundheitswesen
EU-Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika – gezielte
Bewertung
12.12.2024 - 21.03.2025
Drs. 19/4685, 19/5948

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5948 veröffentlichte
Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Verfassungsstreitigkeiten

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 4-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch die §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist,
2. des Art. 1 Abs. 1 Satz 4 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayImSchG) vom 10. Dezember 2019 (GVBl. S. 686, BayRS 2129-1-1-U), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 619) geändert worden ist
PII-3001-2-19
Drs. 19/5877 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Februar 2025 (Vf. 2-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 98 „Dorfstraße“ der Gemeinde Taufkirchen
PII-3001-2-20
Drs. 19/5876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 6-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBI. S. 42, BayRS 2122-3-G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBI. S. 632) geändert worden ist
PII-3001-2-22
Drs. 19/5878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Februar 2025 (Vf. 3-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vom 23. Juli 2024 (GVBI. S. 257)
PII-3001-2-23
Drs. 19/5880 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Wirtschaftsbooster energetische Sanierung Drs. 19/3878, 19/5193 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Förderung der Solarthermie Drs. 19/3879, 19/5194 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Das Geld ist da – es muss nur aktiviert werden Drs. 19/3880, 19/5195 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Gemeinsam zum Ziel. Alle Expertinnen und Experten an einen Tisch holen. Drs. 19/3881, 19/5817 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze Drs. 19/3882, 19/5819 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Investitionen der Kommunen bei der Wärmewende wirkungsvoll unterstützen Drs. 19/3883, 19/5821 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen. Drs. 19/3884, 19/5822 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wärmepakt 2040: Sanierungssprint für Ein- und Zweifamilienhäuser Drs. 19/3885, 19/5823 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD Konzept und Sonderförderprogramm für Trinkwasserbrunnen an Schulen erstellen Drs. 19/4420, 19/5776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU Nachwuchsgewinnung für Bayern: Kooperationen mit Schulen Drs. 19/4566, 19/5775 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Sabine Gross u.a. SPD Bayerns Geothermie-Potenzial endlich heben – Fündigkeitsrisiken absichern Drs. 19/4575, 19/5824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn,
Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayern kann es schaffen: An Klimaziell 2040 festhalten!
Drs. 19/4677, 19/5802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Förderlehrkräftenachwuchs sichern!
Drs. 19/4690, 19/5777 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Umsetzung der EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung
von Vermögenswerten: Die Grundrechte der Bürger wahren,
kein EU-Vermögensregister einführen!
Drs. 19/4705, 19/5881 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Harald Meußgeier, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Bedrohung bayerischer Schwanzlurcharten durch den
pathogenen Pilz Batrachochytrium salamandrivorans
Drs. 19/4714, 19/5801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
Drs. 19/4728, 19/5816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Plattform statt Bürokratie: Aufbau eines digitalen Marktplatzes zur Vernetzung von Startchancen-Schulen mit Partnerinnen und Partnern sowie Expertinnen und Experten
Drs. 19/4744, 19/5778 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökostrom für Regionalzüge in Bayern
Drs. 19/4752, 19/5782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kooperation von Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz nicht aufs Spiel setzen
Drs. 19/4803, 19/5800 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Bildung im Wandel: Anhörung zur digitalen Transformation
im Bildungswesen
Drs. 19/4804, 19/5779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
IT-Fachkräfteversorgung an Bayerns Schulen sicherstellen
Drs. 19/4823, 19/5780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern –
Digitale Endgeräte, Programme und Hilfsmittel
in die Lernmittelfreiheit aufnehmen
Drs. 19/4824, 19/5781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib,
Ruth Müller u.a. SPD
Finanzielle Situation der bayerischen Landschaftspflegeverbände
Drs. 19/4974, 19/5122

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.